

Dezember
2013

nachrichten



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Clemens Schwalbe

Informationen

Termine

Personalien

Titelthemen

Ingrid Matthäus-Maier

Empfang beim
Bundespräsidenten

Jahreshaupt-
versammlung Berlin

Mitgliederreise nach
Aachen und Maastricht

Mitgliederveranstaltung
bei der GIZ in Bonn

Berichte / Erlebtes

„Ehemalige“ der Landtage

Europäische Assoziation

Study Group on Germany

Deutsch-dänische
Beziehungen

„Ehemalige“ im Ehrenamt

Erlesenes

Nachrufe

Aktuelles

Der Geschäftsführer
informiert

Jubilare

Empfang beim Bundespräsidenten



Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck bei seiner Rede an die Mitglieder der Vereinigung
©Siegfried Scheffler

Mitgliederreise nach Aachen und Maastricht



Die „Ehemaligen“ auf der Freitreppe des Aachener Rathauses vor dem Besuch bei Oberbürgermeister
Marcel Philipp ©Werner Möller



© Brigitte Prévot

Mit unserer Doppelausgabe zum Ende des Jahres geben wir diesmal einen Gesamtüberblick über die Veranstaltungen, Ereignisse und Aktivitäten unserer Vereinigung. Der politische Höhepunkt in diesem Jahr war der Empfang von 250 Teilnehmern beim Bundes-

präsidenten Joachim Gauck im Juni. In der darauf folgenden Jahreshauptversammlung hatten wir den Vizepräsidenten des Bundestages Dr. Hermann Otto Solms zu Gast, welcher sich in seinem Vortrag mit der Würde und dem Ansehen des Parlaments auseinandersetzte und dabei auch uns „Ehemaligen“ eine wichtige Rolle zusprach. Mittlerweile können wir Dr. Solms als Mitglied unserer Vereinigung begrüßen. Sehr eindrucksvoll und erlebnisreich war die Mitgliederreise nach Aachen und Maastricht. Insbesondere durch die Vorträge beim Empfang durch den königlichen Kommissar in Maastricht konnten die Geschichtskennntnisse über die Region Limburg ein Stück erweitert werden. Einen Moment der Stille und Einkehr verbunden mit einem Gänsehautgefühl brachte der Besuch des amerikanischen Soldatenfriedhofes in Margraten/NL.

Umfangreich berichten wir über die internationalen Kontakte und Begegnungen mit den Ehemaligenvereinigungen der Länder, aber auch über Ehrenämter unserer Mitglieder. Die Bundestagswahl im September hat zu einem großen Einschnitt in die Struktur des Parlaments geführt. Nicht nur, dass erstmals seit 1949 die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten ist, sondern auch eine große Zahl von Abgeordneten haben nicht mehr kandidiert. So haben sich bereits jetzt eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen unserer Vereinigung angeschlossen, die ich herzlich begrüße und einlade, sich aktiv in unsere Vereinsarbeit einzubringen.

Ihr

Clemens Schwalbe

Termine

6./7. Mai 2014	Jahreshauptversammlung in Berlin mit Wahl des Vorstandes
6. Mai 2014	am Abend: Frühjahrsempfang der DPG
26. Juni 2014	am Abend: Sommerfest der DPG
8.-10. Oktober 2014	Mitgliederreise nach Franken
47. Kalenderwoche	Mitgliederveranstaltung in Bonn

Personalien

- Anlässlich seines 70. Geburtstages wurde Dr. Wolfgang Weng auf dem Neujahrsempfang der FDP am 06.01.2013 in Gerlingen geehrt, bei dem viel politische Prominenz anwesend war, u. a. EU-Kommissar Günther Oettinger, Bundesminister Dirk Niebel und Fraktionsvorsitzender Rainer Brüderle.
- Prof. Dr. Uwe Holtz, 69 J., seit 50 Jahren SPD-Mitglied, wurde wegen seiner besonderen Verdienste mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Auf dem Bürgerfest „150 Jahre SPD“ am 13. Juli 2013 in Mettmann hielt die Bundestagsabgeordnete Kerstin Gries die Laudatio, Peer Steinbrück überreichte den Ehrenbrief und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Medaille.



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Prof. Dr. Uwe Holtz ©Peter Zwilling

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier ©Werner Möller

ein ereignisreiches Jahr geht dem Ende zu mit drei hochinteressanten Veranstaltungen. Zum einen die Mitgliederversammlung in Berlin im Juni mit dem eindrucksvollen Empfang beim Bundespräsidenten. Sein Hinweis auf die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit und sein Dank für unser jahrelanges Engagement („mit Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß“) zeigt uns, wie hoch er die Arbeit der Abgeordneten einschätzt. Es hat uns allen gut getan und motiviert. Dann die Fahrt nach Aachen und Maastricht mit dem europapolitischen Schwerpunkt. Den Briefaufkleber des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge: „Wenn Sie an Europa zweifeln, gehen Sie über einen Soldatenfriedhof!“ konnten wir beim Besuch des amerikanischen Soldatenfriedhofs in Margraten bei Maastricht mit 28.000 Gräbern gut nachempfinden. Und schließlich im November in Bonn die Veranstaltung in der GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit), der größten deutschen Entwicklungsorganisation, bei der wir deren Anstrengungen vor Ort zum Aufbau demokratischer Strukturen und damit auch den Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung diskutieren konnten. Wie immer spielte in den Gesprächen der Ehemaligen das Ansehen des Bundestages und seiner Abgeordneten eine wichtige Rolle. Parteiübergreifend waren wir der Ansicht, dass einige

Abgeordnete - aus allen Fraktionen - durch ihr Verhalten dem Ansehen des Parlaments schaden, indem sie sich zunehmend an den verrücktesten TV-Ratespielen, albernen Wettspielen, dämlichen Gehopse und Gesinge beteiligen. Alles Sendungen, die mit seriöser politischer Überzeugungsarbeit aber auch gar nichts zu tun haben. Natürlich wissen wir, dass dies auf Drängen der Medien geschieht. Aber man muss sich ja nicht zu jedem Unsinn drängen lassen, zumal die Medien oft auch dazu beitragen, absolut lächerliche Dinge öffentlichkeitswirksam auszuschlachten, um von Wichtigem abzulenken.

Letztes Beispiel: da schreibt eine Ministerpräsidentin einen Brief an die Bundeskanzlerin mit mehreren Rechtschreibfehlern. Das darf natürlich nicht sein. Aus dem Bereich der Empfängerin (woher sonst?) wird dieser fehlerhafte Brief der Presse zugespielt. Auch dies gehört sich nicht. Dieser lächerliche Vorgang steht am Tag danach in fast allen großen und kleinen Zeitungen, als hätte diese Republik nichts anderes zu diskutieren angesichts von EURO-Krise, Bankencrashes, Staatsschulden, Pflege-notstand, Steuerflucht, Vereinbarkeit von Beruf und Familie... Dass solche Berichterstattung nicht gerade zum Ansehen der Politiker beiträgt, ist offensichtlich.

Wir freuen uns über viele neue Mitglieder nach dem Ende der Legislaturperiode. Für den leider viel zu früh verstorbenen Prof. Dr. Gerd Langguth haben wir Dr. Dr. h. c. Jürgen Rüttgers als Koordinator für das Programm „Ehemalige in die Unis“ am Institut für Politische Wissenschaften und Soziologie (IPWS) gewinnen können. Die gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen wird fortgesetzt. Wir werden weiter daran arbeiten, unseren Satzungsauftrag in die Tat umzusetzen: „gemeinsame Interessen wahrzunehmen, die Gemeinsamkeit zu pflegen sowie mit der Erfahrung der ‚Ehemaligen‘ der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen“.

In diesem Sinne gehen wir mit Schwung ins Jahr 2014.

Ihre

Ingrid Matthäus-Maier

Empfang beim Bundespräsidenten

12. Juni 2013



Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck
©Siegfried Scheffler

Bundespräsident **Dr. h. c. Joachim Gauck** folgte der Tradition seiner Vorgänger und sprach der Vereinigung eine Einladung zum Empfang in seinem Amtssitz Schloss Bellevue aus. Am 12. Juni des Jahres war es soweit. 203 Mitglieder unserer Vereinigung und 47 Begleitpersonen fanden sich im großen Empfangssaal des Schlosses ein und waren auf die persönliche Begegnung mit dem Bundespräsidenten sehr gespannt.

Das Interesse an diesem Empfang war natürlich weitaus höher. Bereits in der Einladung war vermerkt, dass aus baupolizeilichen Gründen die Gesamtzahl der Teilnehmer auf 250 Personen begrenzt werden müsse.

Nachdem der Bundespräsident in einer kurzen Audienz die Mitglieder des Vorstandes empfangen hatte, begrüßte er, sichtlich entspannt und gut gelaunt, mit folgender Rede die Gäste.

„Welch ein parlamentarischer Erfahrungsschatz bereichert heute Schloss Bellevue! Ich kann nur ahnen, wie viele politische, parlamentarische, demokratische Geschichten hier mit Ihnen, liebe ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, versammelt sind. Was Sie wohl alles erzählen könnten!

Wenn in den Medien über Politik erzählt wird, verbindet sich das meist mit nur wenigen und immer wieder gleichen Gesichtern. Das mögen die Gesetze der Medienwelt so mit sich bringen. Mir aber ist es heute ein Herzensanliegen, diejenigen zu würdigen, die nicht im Fokus der überregionalen Medien stehen, die nicht als Gäste in den täglichen Talkshows ihren Standpunkt vertreten, die ohne öffentliches Rampenlicht die ebenso harte wie nötige politische Kärnerarbeit im Parlament bewältigen. Das ist

die überwiegende Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. In der ersten Reihe ist eben nur begrenzt Platz.

Das ändert aber nichts an der großen Bedeutung dessen, was Sie in Ihrer aktiven Zeit als Parlamentarier geleistet haben. Ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich zur Wahl stellen, gibt es keine Demokratie. Wer wollte den in der Demokratie so wichtigen friedlichen Streit führen und tragfähige Kompromisse aushandeln, wenn nicht Menschen wie Sie, die Wahlämter übernommen und um Ideen und Programme, um gute Wege und Lösungen gerungen haben?

Politiker-Bashing ist immer beliebt und es ist nicht immer vollkommen grundlos – jedenfalls dann, wenn es nicht als plumpe Pauschalkritik daherkommt, sondern wenn es um objektiv Kritikwürdiges geht. Wann immer es Fehlver-



Clemens Schwalbe, Dr. Peter Paziorek, Roland A. Kohn, Dietmar Schütz, Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier, Prof. Dr. Nils Diederich, Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck, Dr. Wolfgang Weng, Hans-Dirk Bierling, Dr. Elisabeth Altmann (v. l. n. r.)
©Bundesregierung/Jan Philipp Eberstein

halten zu beanstanden gibt, kann man sicher sein, dass mindestens eine der Eigenschaften fehlt, die Max Weber bei guten Politikern für erforderlich hielt: Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß! Ohne Leidenschaft geht es nicht. Damit meine ich vor allem die leidenschaftliche Hingabe an die Sache, aber durchaus auch eine gewisse Leidensbereitschaft, die Sie brauchten, um in oft 60- bis 70-Stunden-Wochen zwischen Fraktionsdisziplin, Parteiprogramm und den Wünschen der Wähler die richtige Entscheidung im Rahmen Ihres freien Mandats zu suchen. Verantwortungsbewusstsein hat Sie bewegt, wenn Sie gekämpft haben – eben auch für die Details, über die kein Journalist berichtet, von denen aber alle, die das Geschäft kennen, wissen, wie wichtig sie sind. Und schließlich Augenmaß: Es wird aus Überzeugung, Haltung und Lebenserfahrung gewonnen und ist notwendig, um praxistaugliche Ergebnisse zu erzielen – und um nicht daran zu verzweifeln, dass Kompromisse nötig sind. Wie sagte es der leider so früh verstorbene leidenschaftliche Parlamentarier **Peter Struck** in seinem berühmten ‘ersten Struck’schen Gesetz’: ‚Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist‘. Ich danke Ihnen für alles, was Sie im Europäischen Parlament oder im Deutschen Bundestag mit Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß erreicht haben. Und auch für alles, was Sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem Parlament noch tun für das Gemeinwohl. Wenn Sie etwa im Rahmen Ihres Vereins in die Universitäten gehen oder an die Schulen und dort mit jungen Leuten über Politik sprechen, dann ist das ein ganz wichtiger und vor allem im besten Sinne lebendiger Beitrag zur politischen Bildung. Sie können mit Ihrer Erfahrung als Abgeordnete jungen Menschen den Wert



Der Bundespräsident spricht zu den „Ehemaligen“ ©Siegfried Scheffler



Dank der Präsidentin ©Clemens Schwalbe

politischer Arbeit anschaulich machen, Sie können Wert und Funktion unserer Demokratie lebendig vermitteln!

Es ist ja mit der Demokratie so wie mit allem, was wir für selbstverständlich halten. Man wird gleichgültig und bringt dem Ganzen nur noch ein wohlwollendes Desinteresse entgegen. Oder, schlimmer, man beginnt sich zu distan-

zieren, zu unterscheiden in ‚die da oben‘ und ‚wir hier unten‘. Am Ende mag man sich nicht mehr einbringen oder mit Politik nichts zu tun haben wollen. Das macht mir, ehrlich gesagt, Sorgen. Ob wir das nun Politikverdrossenheit nennen oder Politikerverdrossen-

Fortsetzung: Empfang beim Bundespräsidenten

heit, ist nicht die entscheidende Frage. Entscheidend ist, dass wir konstant dagegenhalten und immer wieder klar machen: Politisches Engagement ist sinnvoll, Freiheit ist auch Herausforderung zur Einmischung, Teilhabe ist möglich in unserem Land. Sie sind der le-

bendige Beweis dafür – werben Sie bitte weiter dafür! Jetzt freue ich mich auf die Gespräche mit Ihnen und auf die eine oder andere interessante Geschichte!“

Die Präsidentin Frau **Ingrid Matthäus-Maier** dankte dem Bundespräsidenten für den Empfang und seine für politisch Wirkende so zutreffenden Worte, die auch und gerade für

ehemalige Abgeordnete Ansporn und Zuversicht seien, sich stets für die parlamentarische Demokratie einzusetzen.

Im Anschluss nahm sich der Bundespräsident noch mehr als eine Stunde Zeit für persönliche Gespräche und Erinnerungsfotos mit den einzelnen Mitgliedern.

Clemens Schwalbe

Impressionen vom Empfang



©Bundesregierung/Jan Philipp Eberstein



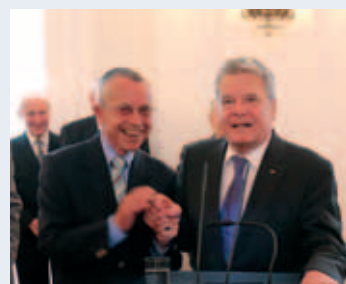
©Bundesregierung/Jan Philipp Eberstein



©Simone Rüdiger



©Siegfried Scheffler



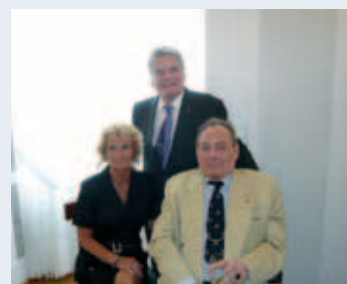
©Siegfried Scheffler



©Clemens Schwalbe



©Clemens Schwalbe



©Siegfried Scheffler

Jahreshauptversammlung Berlin

Begegnung mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Otto Solms

Anlässlich unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung am 13. Juni konnten wir als Gastredner den Bundestagsvizepräsidenten **Dr. Hermann Otto Solms** begrüßen.

Zu Beginn seiner Rede bedankte sich Solms herzlich für die Einladung und meinte scherzhaft, dass er dies gleich als Einführungsveranstaltung sehe, da er selbst in wenigen Wochen in den Reihen der Ehemaligen sitzen werde. Als Schwerpunkt seiner Ansprache wolle er über die Frage der Rolle des Deutschen Bundestages und seines Ansehens in der Öffentlichkeit sprechen. Diese Entwicklung habe etwas mit der Veränderung unserer Lebenswelt zu tun, mit den Veränderungen der Informationssysteme, der elektronischen Kommunikation und der immer schneller auf Ereignisse ausgerichteten Berichterstattung. Durch neue Medien gebe es quasi keine Vertraulichkeit mehr in der Berichterstattung. Es gehe nur noch um Schlagzeilen, darum, ob etwas skandalisiert werden könne. Die negativen Nachrichten seien sozusagen die guten Nachrichten, weil mit ihnen eine größere Aufmerksamkeit erzielt werden könne. Positives werde nicht mehr als berichtenswert angesehen. Man müsse diese Entwicklung in Beziehung zum Deutschen Bundestag und seiner Bedeutung in unserer demokratischen Verfassung betrachten. Wir hätten fünf Verfassungsorgane, von denen der Bundestag das einzige Verfassungsorgan sei, welches über die direkte demokratische Legitimation verfüge. Wir Abgeordneten seien vom Souverän gewählt und der Souverän sei das Volk. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“: So stehe es im Grundgesetz. Das heiße, die Abgeordneten hätten den Auftrag, den Volkswillen umzusetzen. Aus diesem Grund komme dem Bundestag die zentrale Bedeutung gegenüber der Bundesregierung oder dem Bundesrat zu. Deshalb müsse alles daran gesetzt werden, dass der



Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms
©Clemens Schwalbe

Bundestag in der Bevölkerung das notwendige Vertrauen genieße. Ihm komme schließlich die Aufgabe zu, die Kommunikation zwischen den Wählern und Gewählten und der politischen Aktion herzustellen. Bedauerlicherweise schwinde eben dieses Vertrauen immer mehr u. a. durch Gründe, die schon erwähnt worden wären. Aber auch Abgeordnete leisteten durch ihr Verhalten Hilfestellung bei dieser Fehlentwicklung, indem sie sich selbst in Szene setzten, ohne auf das Ansehen der Demokratie zu achten. Wenn ausländische Parlamentarier zu Gast im Deutschen Bundestag seien, würden wir in aller Klarheit erkennen, welche starke Rolle dem Deutschen Bundestag in unserem politischen System zukomme – vor allem im Vergleich mit anderen Parlamenten in anderen demokratischen Staaten. An zwei Beispielen solle das Gewicht des Bundestages verdeutlicht werden. Erstens, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1994 sei sichergestellt worden, dass deutsche Truppen außer-

halb des Bündnisgebietes nur dann eingesetzt werden dürften, wenn der Deutsche Bundestag diesem Einsatz vorher zugestimmt habe. Die Bundeswehr sei die einzige Parlamentsarmee der Welt, denn der Bundestag gebe der Bundeswehr den Auftrag für die einzelnen Einsätze. Zweitens, im vorletzten Jahr sei die Rolle des Parlaments erneut gestärkt worden – und zwar im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Euros. Damals habe der Bundestag in einem Gesetz festgeschrieben, dass finanzielle Hilfeleistungen aus dem deutschen Haushalt im Zusammenhang mit der Eurostabilisierung nur dann von der Bundesregierung zugesagt werden dürften, wenn der Bundestag zuvor zugestimmt habe. Diese Neuregelung habe die Verantwortung der zuständigen Parlamentarier enorm erhöht. Sie hätten aber dadurch sehr viel mehr Arbeit. Der Deutsche Bundestag sei eines der einflussreichsten Parlamente der Welt, leider sei es aber mit der Reputation in der Öffentlichkeit nicht so gut bestellt. Die Berichterstatter seien nicht in der Lage zu vermitteln, dass die eigentliche Arbeit der Abgeordneten eben nicht im Plenum des Deutschen Bundestages stattfindet, sondern schon vorher in den Ausschüssen, in den Arbeitsgruppen und den Arbeitskreisen der Fraktionen sowie in tausenderlei von Gesprächen mit Wissenschaftlern, mit Betroffenen oder

Fortsetzung: Begegnung mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundstages Dr. Hermann Otto Solms

mit Verbänden. Das Ziel dieser Arbeit im Hintergrund laute immer: Im Detail zu den vernünftigsten Lösungen zu kommen. Doch die Bedeutung des Parlaments und seine höchst arbeitsteilige Arbeitsweise würden in der Öffentlichkeit zu wenig sichtbar. Ganz im Gegenteil! Im Fernsehen würden allzu oft Abstimmungen vor leeren Bänken übertragen – und dies wiederum vermittele einen völlig falschen Eindruck. Diesem Eindruck müssten wir engagiert begegnen. Hierzu sei eine Parlamentsreform nötig. Wir müssten über die Tätigkeit der Abgeordneten im parlamentarischen Prozess besser berichten. Auch sollten Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich sein, auch auf die Gefahr hin, dass Fenster-

reden größer würden. Es sollte auch aus der Arbeit der Arbeitsgruppen in den Fraktionen berichtet werden, vielleicht auch über Gespräche mit Verbänden oder Wissenschaftlern. So ließe sich aufzeigen, wie der Diskussionsprozeß ablaufe, und wie und wo die wirkliche Arbeit des Parlaments stattfinde. Dazu gehöre auch, über die hohe Arbeitsbelastung der Abgeordneten zu sprechen; so der Arbeitstag in Berlin, der niemals auf acht Stunden begrenzt sei, und die vielfältigen Veranstaltungen, die auf den Abgeordneten nach einer Plenarwoche im Wahlkreis zukämen. Sie müssten bei Jubiläen, Festen, Eröffnungen und vielen anderen Gelegenheiten sprechen, denn interessanterweise würden Abgeordnete zwar vielfach als Politiker geschmäht, seien aber als Festredner attraktiv und willkommen. Daneben müssten sie ihre normale Parteibasisarbeit erledigen und gelegentlich auch bei ihrer Familie vorbeischaun, damit sie wiedererkannt würden. Solms rief

dazu auf, dass wir alle unsere Möglichkeiten nutzen sollten, diese Informationen nach außen zu tragen und dadurch das Vertrauen in das Parlament und die Parlamentarier selbst zu stärken. Wir sollten zudem untereinander dafür werben, negative Informationen nicht selbst zu verstärken oder gar auszulösen. So sei es z. B. legitim, wenn es im Bundestag bei den Debatten hart zur Sache gehe. Dennoch müssten Stil und Form stimmen. Persönliche Diffamierungen müssten tabu sein. Ein schlechter Umgang miteinander übertrage nicht zuletzt den Eindruck nach außen, die Personen seien minderwertig, würden nicht geschätzt und deshalb herabgewürdigt. Zum Schluss rief er alle von uns, die vielfältige öffentliche Auftritte absolvieren, auf, in diesem Sinne zu werben und zu argumentieren. Es gehe dabei keineswegs um Parteifragen, sondern um das Ansehen des Parlaments als Herzstück unserer Demokratie.

Clemens Schwalbe



Auditorium ©Simone Rüdiger

Jahreshauptversammlung Berlin

Bericht zur Jahreshauptversammlung 13. Juni 2013

Die **Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier** eröffnete die Versammlung und gedachte zunächst mit den Anwesenden der im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder. Dabei erwähnte sie insbesondere unseren vorhergehenden Präsidenten **Harald B. Schäfer** und den ehemaligen Geschäftsführer **Dr. Hugo Hammans**, die sich in besonderer Weise um die Vereinigung verdient gemacht haben.

In ihrem Bericht erinnerte sie daran, dass wir traditionell dreimal im Jahr tagen. Das waren im vergangenen Jahr die Wahlveranstaltung in Berlin, die Mitgliederreise nach Hamburg, mit langen Gesprächen mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg **Olaf Scholz** und der Präsidentin der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg **Carola Veit**, sowie ein Treffen mit dem Bundesminister für Gesundheit **Daniel Bahr** und einer Diskussionsrunde über die Verfassungsrechte des Bundestages für die EU mit unseren Mitgliedern **Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Joachim Jentsch** und **Prof. Dr. Jürgen Meyer** im Rahmen unserer Herbsttagung in Bonn. Alle Veranstaltungen waren Beispiele für die Kombination von Kompetenz, von Politik, aber auch von Kultur und Zusammensein, was uns auszeichnet, was wir in der Vergangenheit gemacht haben und was wir in Zukunft machen wollen. Nicht unerwähnt ließ die Präsidentin, dass ein Gespräch mit dem Chefredakteur von „Das Parlament“ Herrn **Biallas** soweit Früchte trug, dass zumindest über unsere Bonntagung in „Das Parlament“ berichtet wurde. Auch der Antrittsbesuch beim Bundestagspräsidenten **Prof. Dr. Norbert Lammert** hatte eine positive Wirkung. Er hat unserem Wunsch entsprechend sofort dafür gesorgt, dass eine Verlinkung zu unserer Vereinigung auf der Internetseite des Bundestages erfolgte. Weiter berichtete die



Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier und Geschäftsführer Clemens Schwalbe ©Simone Rüdiger

Präsidentin über ihre Teilnahme zusammen mit **Klaus-Jürgen Hedrich** an dem Treffen mit der Congressional Study Group on Germany und gab einen Überblick zu den weiteren Veranstaltungen in diesem Jahr, der Mitgliederreise nach Aachen und Maastricht sowie dem Besuch bei der GIZ im November in Bonn. Eine wichtige Rolle im Berichtszeitraum spielte auch die Interessenwahrnehmung für die „Ehemaligen“ im Hinblick auf die Altersentschädigung. So konnte unser ehemaliger Präsident **Carl-Dieter Spranger** als ehemaliger Abgeordneter in einer externen unabhängigen Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts soweit darauf Einfluss nehmen, dass es keinen Systemwandel bei der Altersentschädigung geben wird und diese weiterhin an die Diätenentwicklung gekoppelt bleibt. Um das Programm „Ehemalige in die Unis“ nach dem Tod von **Prof. Dr. Gerd Langguth** weiterzuführen, wird sich **Prof. Dr. Uwe Holtz** um einen neuen Koordinator bemühen (siehe Seite 27). Ernüchternd seien die eigenen

Erfahrungen mit dem Besuch von Schulen, um bei Schülern das Interesse an Politik zu wecken, so die Präsidentin. Die Anfrage von Schulen ist dazu zu gering und eine zentrale Koordinierung hierbei nicht möglich. Solche Begegnungen sind nur durch persönliche Kontakte zu vermitteln, die man aus seinem früheren Wahlkreis eventuell noch hat. Sehr gut ist die Zusammenarbeit mit den „Ehemaligen“ der Länder. Unter der Leitung von Herrn **Roland A. Kohn** wird das diesjährige Kontakttreffen zum hochsensiblen Thema des Länderfinanzausgleiches stehen. Als letztes vermerkte die Präsidentin in ihrem Bericht die Mitgliederzahlen. „Zzt. sind wir 667 Mitglieder (245 CDU, 42 CSU, 271 SPD, 56 FDP, 29 Bündnis 90/Die Grünen,

alle Fotos ©Simone Rüdiger



Dr. h. c. Wolfgang Roth



Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling



Susanne Jaffke-Witt



Detlef Dzembitzki

Fortsetzung: Jahreshauptversammlung

8 Die Linke, 8 parteilos oder andere Parteien und 8 Witwen). Davon sind in der heutigen Veranstaltung 103 Mitglieder anwesend.“ Mit einem Dank an die Geschäftsstelle beendete sie ihren Bericht.

In seinem Bericht erläuterte der **Schatzmeister Prof. Dr. Nils Diederich** den Finanzplan für das Jahr 2014. Zunächst merkte er an, dass alles, was der Vorstand geplant hatte, finanziert werden konnte und nach seiner Einschätzung auch in Zukunft finanziert werden kann. Die Planung sei so eingerichtet, dass sie mit den zu erwartenden Einnahmen übereinstimmt. Zu einer Tischvorlage erläuterte er noch kurz die Eckzahlen. Die Mitgliedsbeiträge decken im Durchschnitt knapp 39 % unserer Ausgaben. Das ist ein längerer jährlicher Durchschnitt, den Rest erhalten wir als Zuwendung aus dem Deutschen Bundestag. Der Zuwendungsgeber prüft selbstverständlich, ob wir seine Zuwendungen zweckgerecht verwenden. Dies war auch für das Jahr 2012 wieder der Fall. Es liegt ein uneingeschränktes positives Testat des Haushaltsreferates vor, in dem vermerkt wird: „Die Zuwendung in Höhe von 95.390,00 Euro ist nach den Angaben im zahlenmäßigen Nachweis zweckentsprechend verwendet worden und der beabsichtigte Förderzweck ist erreicht.“ Der finanzielle Bedarf variiert mit den Projekten, vor allem auch durch sich verändernde

Personalkosten, so daß wir jedes Jahr neu über die Zuwendungen des Bundestages verhandeln müssen und dankbar dafür sind, daß wir dieses Geld dann auch bekommen. Allerdings verlangt das Haushaltsreferat von Zeit zu Zeit auch eine angemessene Anhebung unserer Mitgliedsbeiträge, damit die Relation zwischen der Eigenleistung und der Förderung ungefähr erhalten bleibt. Deswegen hat der Vorstand



Schatzmeister Prof. Dr. Nils Diederich ©Simone Rüdiger

auf Empfehlung des vorherigen Vorstands einen Antrag vorgelegt, die Mitgliedsbeiträge um sechs Euro jährlich anzuheben. In der Erwartung, dass die Mitglieder dieses Anliegen als maßvoll erkennen, bat Professor Diederich wie auch die Präsidentin um Zustimmung. Der Wirtschaftsplan für 2014 ist unter Vorbehalt der Zustimmung der Mitgliederversammlung eingereicht worden und erstmals ohne Nachbesserungswünsche vom Haushaltsreferat des Deutschen Bundestages akzeptiert worden und wird so dem Haushaltsausschuss zur Beratung zugeleitet. Auf der Ausgabe Seite sind rund 62 % für Personalkosten vorgesehen, 2012 lagen sie bei 61 % und 2013 bei 68 %, das ist auch systemkommunizierend, wenn die

Sachkosten fallen, steigen die Personalkosten. Der Erwartung des Bundestages, dass insbesondere steigende Personalkosten aus tariflichen Gründen mit der Absenkung von Sachkosten auszugleichen sind, könne die Vereinigung nicht entsprechen. Zwei Drittel der Personalkosten seien die oberste Grenze, denn wir brauchen natürlich für die sächlichen Ausgaben eine hinreichende Basis. In 2014



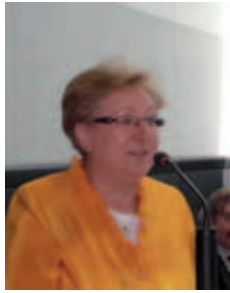
Vorstandsmitglied der Europäischen Assoziation Klaus Francke ©Simone Rüdiger

haben wir einen Ausgabenzuwachs, den wir zum Hauptteil für die Erstellung eines neuen Mitgliederverzeichnisses benötigen, denn wir hoffen, dass möglichst viele ausscheidende Mitglieder aus dem Bundestag in den ehrenvollen Stand der „Ehemaligen“ eintreten. Abschließend bedankte sich Diederich für die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle insbesondere bei Frau **Simone Rüdiger**, die die Kasse führt und die Buchhaltung ordnet und sich in Haushaltsdingen als erfahrene Mitarbeiterin eingearbeitet hat.

Klaus Francke gab den Bericht zur Europäischen Assoziation. Er berichtete über das Europäische Kolloquium der internationalen Vereinigung am 01. und 02.11.2012 in Malta



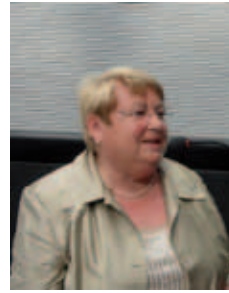
Prof. h. c. Dr. Dieter Grasedieck



Jelena Hoffmann



Dieter Schloten



Bruni Irber



Prof. Dr. Peter Michael Mombaur



Prof. Dr. Jürgen Meyer

zum Thema „Unterstützung des demokratischen Wandlungsprozesses im südlichen Mittelmeerraum und im mittleren Osten“, weiterhin über die Vorstandssitzung am 14.03.2013 in Paris. In dieser Sitzung wurden Vorschläge für die Arbeit des Jahres 2014 erörtert. Es gibt dazu zwei Vorschläge, denen sich auch die deutschen Vertreter angeschlossen haben. Ein polnischer Vorschlag, mit dem Titel „Heraus-



Rechnungsprüfer Dr. Wolf-Dieter Zumpfort ©Simone Rüdiger

forderungen für Demokratie und Bürgerbeteiligung in der Epoche der Globalisierung“ und ein Vorschlag der irischen Delegation zur transatlantischen Kooperation. Weiterhin lag eine Bitte aus Rumänien vor, Mitglied der Internationalen Vereinigung zu werden. Hierzu wurden Bedenken geäußert, da nicht die Absicht bestehe, aus der Ceausescu-Zeit möglicherweise Kollegen in dieser Vereinigung zu haben.

Geschäftsführer Clemens Schwalbe wies darauf hin, dass sein umfangreicher Tätigkeitsbericht den Mitgliedern vorliege und er deshalb nur ein paar kurze Anmerkungen mache. Er bedankte sich zunächst bei den beiden Mitarbeiterinnen **Brigitte Prévot** und **Simone Rüdiger** für die Vorbereitung des großen

und wirklich gelungenen Empfangs beim Bundespräsidenten und ihre hervorragende Arbeit zum Wohle unserer Vereinigung. Für die Geschäftsstelle ist es in Vorbereitung von Veranstaltungen nicht immer einfach, allen gerecht zu werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die Herbstveranstaltung in Aachen und Maastricht, zu der bereits die Einladungen verschickt wurden. Eine große Herausforderung ist dabei immer die Hotelauswahl, wo wir für das Buchungskontingent auf Erfahrungswerte der letzten Reisen zurückgreifen müssen. So muss von einer Kapazität von 80 bis 100 Personen ausgegangen werden und in dieser Größenordnung gibt es nur eine begrenzte, nicht immer kostengünstige Auswahl. Er hoffe trotzdem auf eine hohe Beteiligung. Des Weiteren wies er bereits auf die am 05. November 2013 geplante Veranstaltung in Bonn hin, in der ein Besuch bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) vorgesehen ist. Zum Schluss bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand und dem großen Zuspruch, den er immer wieder von den Mitgliedern erfährt.

Dr. Dieter Zumpfort gab auch im Namen seines Revisorikollegen **Dr. Joachim Schmiele** den Bericht über die Buchprüfung, die am 7. Februar im Beisein des Schatzmeisters, des Geschäftsführers und der zuständigen Mitarbeiterin **Simone Rüdiger** durchgeführt wurde. Er dankte Frau Rüdiger für die hervorragende Vorbereitung und stellte fest, dass alle

Fragen erschöpfend beantwortet und bei der Stichprobenprüfung keinerlei Mängel festgestellt wurden. Im Gesamturteil konnte der Vereinigung ein sorgfältiger und sparsamer Umgang mit den zur Verfügung gestellten Geldern bestätigt werden und somit beantragte er die Entlastung des Vorstandes.

Anschließend entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, die sich hauptsächlich an den Ausführungen des Kollegen **Francke** zur Erweiterung der Europäischen Assoziation und den Umgang mit Rumänien entzündete. Hieran beteiligten sich **Martin Grüner, Dieter Schloten, Dr. Elisabeth Altmann, Jelena Hoffmann, Prof. Dr. Nils Diederich, Dr. Wolfgang Roth, Brunhilde Irber, Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, Detlef Dzembitzki, Prof. Dr. Jürgen Meyer, Prof. Dr. Dieter Grasedieck, Prof. Dr. Peter Michael Mombaur** sowie **Susanne Jaffke-Witt**.

Nach erfolgter Entlastung des Vorstandes wurde der Antrag zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wurde bei einer Enthaltung angenommen (siehe Kasten unten). Nach Vorstellung einer DVD der Berliner Lebenshilfe durch Vizepräsident **Hans-Dirk Bierling** beendete die Präsidentin die Veranstaltung und wünschte den Anwesenden noch einen guten Tag.

Clemens Schwalbe

**Beschluss der Mitgliederversammlung
am 13. Juni 2013
Der Jahresbeitrag wird ab 2014
um 6 € auf 94 € erhöht.
Der Jahresbeitrag ist jeweils
zum 31.03. des Jahres fällig.**

Mitgliederreise nach Aachen und Maastricht vom 25. bis 27. September 2013

Wegen der aktuellen europapolitischen Diskussion standen im Mittelpunkt unserer diesjährigen Mitgliederreise mit Aachen und Maastricht zwei Städte, in denen wichtige Ereignisse der europäischen Geschichte bzw. der heutigen Europapolitik stattgefunden haben.

Auch sollte diese Reise einen kleinen Einblick in die in Deutschland nicht sehr bekannte Geschichte unseres Nachbarlandes geben.

Anlass hierfür ist die Tatsache, dass die Niederlande ab November dieses Jahres bis Anfang 2015 das 200-jährige Jubiläum ihres Königreiches der Niederlande feierlich begehen.

Die Wahl des Hotels im niederländischen Vaals war ein Volltreffer. Es spiegelt durch seine Schlossanlage inmitten der schönen Limburger Hügellandschaft nicht nur die reichhaltige Geschichte dieser



Hotel Bilderberg Vaals/NL ©Clemens Schwalbe

Region wider, sondern belegt auch als Mitglied des Touristikverbandes Aachen, wie sehr schon die deutsch-niederländische Grenze in der täglichen Zusammenarbeit überwunden ist. Auf dem Programm des ersten Tages stand der Besuch der Stadt Aachen. Aachen versteht sich als eine europäische Stadt, deren Geschichte nicht ohne die geschichtliche Entwicklung in Europa gesehen werden darf. Das Zentrum der Stadt auf der ehemaligen Pfalzanlage Karls des Großen mit Rathaus, Katschhof und Dom war einst der Mittelpunkt des fränkischen Reiches,

dessen Ausdehnung von der Atlantikküste bis weit hinein nach Mitteleuropa reichte. Die jährliche Vergabe des Karlspreises, von Aachener Bürgern gestiftet, unterstreicht eindrucksvoll, wie sehr Aachen sich dieser frühen europäischen Geschichte bewusst ist.

Der junge Oberbürgermeister **Marcel Philipp** stellte bei dem Empfang unserer Gruppe im historischen Rathaus heraus, dass sich Aachen neben dieser europaweit beachteten Veranstaltung der Verleihung des Karlspreises konkret mit vielen Aktivitäten in der Euregio Rhein-Maas beteiligt. Diese Regio hat sich zum Ziel gesetzt, die grenzüberschreitende Region zwischen Maastricht, Aachen, Hasselt und Lüttich strukturell weiterzuentwickeln. Rechtliche Unterschiede in den Nachbarstaaten gäbe es zwar immer noch, doch der Wunsch zur Zusammenarbeit helfe oft über die administrativen Schwierigkeiten hinweg. OB Philipp: „Aachen ist sich seiner Verantwortung als Dreiländerstadt im historischen Herzen Europas bewusst.“

Am zweiten Tag der Reise ging es nach Maastricht, der Hauptstadt der niederländischen



Empfang beim Oberbürgermeister: Alice Bargfrede, Heinz-Günter Bargfrede, Eduard Lintner, Emma Walkhoff, Peter Letzgas, Karl-Heinz Walkhoff, Dr. Reinhild Letzgas, Marlies Pretzlaw (v. l. n. r.) ©Werner Möller



Empfang im festlichen Saal des Aachener Rathauses ©Werner Möller



Aachen



Maastricht

Provinz Limburg. Somit stand an diesem Tag die aktuelle Europapolitik im Mittelpunkt. 1992 wurde im Sitzungssaal des Provinzparlamentes der EU-Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Durch dieses Vertragswerk wurde sowohl eine einheitliche EU-Staatsbürgerschaft wie auch die Einführung des Euro beschlossen. Somit wies der Kommissar des Königs, aus historischen Gründen führt er den Titel des Gouverneurs, in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass dieser Saal ein Saal europäischer Geschichte sei. Heute, so **Dr. Theo Bovens**, versteht sich Maastricht als ein pulsierendes Herz Europas. Für Bovens ist diese Region ein Europa im Kleinen mit drei Sprachen und fünf unterschiedlichen Verwaltungstraditionen. Der Vortrag des Historikers **Dr. Eric Lemmens** von der Provinzialverwaltung zu dem Thema „200 Jahre Königreich der Niederlande und die Position von Limburg in der niederländischen Geschichte“ war ein Höhepunkt des Besuchsprogramms. Der Vortrag erbrachte für uns Deutsche viele neue Tatsachen. Kaum einem war bekannt, dass Limburg mit Ausnahme von Maastricht bis 1867 zum Deutschen Bund

gehörte und dass die beiden Vertreter Limburgs im Frankfurter Paulskirchenparlament den sehnlichen Wunsch der Limburger zum Ausdruck brachten, dem angestrebten neuen Deutschen Reich anzugehören. Diese Haltung war Ausdruck der inneren Zerrissenheit der Limburger in der Zeit nach dem Aufstand 1830 in Belgien, der an der Zugehörigkeit Limburgs zu dem Königreich der Niederländer nichts verändert hatte. Nicht fehlen durften die Grußworte von Frau **Dr. Mechtild de Jong**, Präsidentin der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter, und des Präsidenten der Niederländischen Vereinigung **Jan Dirk Blaauw**, durch die die freundschaftliche Verbundenheit mit unseren europäischen und niederländischen Partnerorganisationen zum Ausdruck kamen.

(Fortsetzung auf Seite 14)



Der Vertrag von Maastricht ©Simone Rüdiger



Provinzgebäude in Maastricht ©Clemens Schwalbe



Amerikanischer Soldatenfriedhof in Margraten/NL ©Clemens Schwalbe



Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Peter Paziorek, Oberbürgermeister Marcel Philipp (v. l. n. r.) ©Simone Rüdiger



Festlicher Lunch im Provinzgebäude in Maastricht: Dr. Peter Paziorek, Kommissar des Königs Dr. Theo Bovens, Präsidentin der Europäischen Assoziation Dr. Mechtild de Jong (v. l. n. r.) ©Simone Rüdiger

(Fortsetzung von Seite 13)

Treffend war das Schlusswort unserer Präsidentin Frau **Ingrid Matthäus-Maier**: „Diese Besuche haben uns wieder einmal deutlich gemacht, dass es sich bei der Schaffung eines vereinten Europas nicht nur um eine Herzensangelegenheit oder um eine reine Kopfangelegenheit handelt, sondern dass Kopf und Herz in dieser Frage zusammen gehören!“

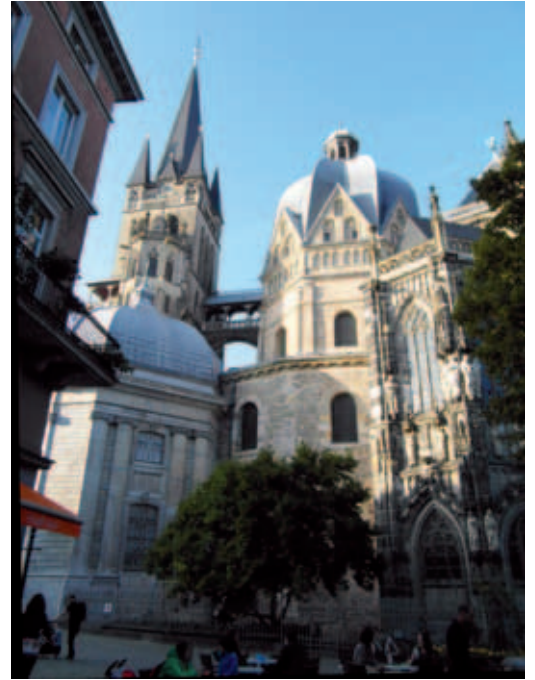
Diese Aussage wurde unterstrichen durch das vielfältige Besuchsprogramm in der schönen Hügellandschaft Limburgs, insbesondere am „Dreilandenpunt“, an dem die drei Länder Deutschland, Niederlande und Belgien zusammenstoßen.

Ein Ort im Rahmen dieses Besuchsprogramms machte besonders nachdenklich. Eingebettet in die Hügellandschaft liegt in der Nähe von Vaals ein großer amerikanischer Soldatenfriedhof. Alle Teilnehmer der Reise waren nach der Besichtigung dieser eindrucksvollen Anlage der Ansicht, dass uns dieser Soldatenfriedhof mahnt, im Streben nach der europäischen Einigung nicht nachzulassen.

Peter Paziorek

Die Besichtigung des imposanten Aachener Doms und dessen Schatzkammer am dritten Tag war für die insgesamt 52 Teilnehmer ein würdiger Abschluss der Reise.

Clemens Schwalbe



Der Aachener Dom ©Simone Rüdiger



Deckengewölbe im Aachener Dom ©Simone Rüdiger



Stadtführung durch Aachen ©Clemens Schwalbe



Büste von Karl dem Großen in der Schatzkammer in Aachen ©Werner Möller

Mitgliederveranstaltung am 5. November 2013 in Bonn

Ehemalige Abgeordnete verkörpern Erfahrung und Erinnerung

Frühere Abgeordnete sind keineswegs „gewesene Leut“ (Nestroy) oder gar „altes Eisen.“

In der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.“ mit fast 700 Mitgliedern verkörpern sie gegenwärtige Erfahrung und Erinnerung. Das war jetzt wieder bei ihrem Treffen in Bonn zu spüren, als man unter ihnen zum Beispiel den NRW-Ministerpräsidenten a. D. **Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU) und die Bundesministerinnen a. D. **Dr. Dorothee Wilms** und **Prof. Dr. Ursula Lehr** sah. Sie alle sind aktiv: Ursula Lehr zum Beispiel an der Spitze der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände (BAGSO) mit über 6 Millionen Mitgliedern oder Rüttgers als Lehrbeauftragter des Politischen Seminars der Uni Bonn. Hier ist er ein Vermittler zwischen Theorie und Praxis, hat schon 27 ehemalige Abgeordnete



*Begrüßung durch Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier
©Simone Rüdiger*

für Seminare und Vorträge an der Bonner Uni geworben. Zuvor hatten das seine Professorenenkollegen, der verstorbene **Gerd Langguth** (CDU) und **Uwe Holtz** (SPD) vermittelt. Holtz ist außerdem Ehrenpräsident der Europä-

ischen Assoziation ehemaliger Parlamentarier.

Diesmal hatten die Präsidentin der Vereinigung **Ingrid Matthäus-Maier**, zugleich Vorsitzende des Kuratoriums der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, und Geschäftsführer **Clemens Schwalbe** (CDU) zum 5. November 2013 in das neue Haus der „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) nach Bonn eingeladen. Dort ließen sie sich von **Tanja Gönner** (CDU) über Wandel und Entwicklungen des deutschen Engagements in der Welt informieren. Gönner ist seit Juli 2012 Vorstandsvorsitzende der GIZ. Die GIZ entstand 2011 aus

(Fortsetzung auf Seite 16)



Auditorium ©Clemens Schwalbe

(Fortsetzung von Seite 15)



Die Vorstandsvorsitzende Tanja Gönner bei ihrem Vortrag ©Simone Rüdiger

der Fusion des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Bonn mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit in Eschborn und dem Bildungsträger Invent, die vom Minister **Dirk Niebel** (FDP) zusammengeführt wurden. Hauptsitz ist Bonn - auch wegen der Rolle der Bundesstadt als deutscher UNO-Stadt. Hier investiert die GIZ in der nächsten Zeit rund 100 Millionen Euro für Neubauten.

Tanja Gönner sieht die GIZ als Motor und Katalysator der Veränderungen der deutschen Politik von der „Entwicklungshilfe“ hin zur „Betonung der internationalen Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe.“ Sie kritisierte deshalb, dass in Papieren der Koalitionsverhandlungen der veraltete Begriff „Entwicklungshilfe“ wieder aufgetaucht sei. Die GIZ hat in 90 Ländern eigene Büros und beschäftigt rund 16.000

Menschen in der ganzen Welt, davon sind etwa 70% jeweils „nationales Personal“. 1.900 arbeiten allein in Afghanistan. „Wir bleiben dort auch nach dem Abzug der Bundeswehr.“ Bisher habe sich kein afghanischer Kollege bei der GIZ gemeldet, um nach Deutschland versetzt zu werden.

Die GIZ-Chefin Gönner, Jahrgang 1969, war Landesministerin in Baden-Württemberg, zuvor von 2002 bis 2004 Bundestagsabgeordnete. Also selbst in diesem Sinne eine „Ehemalige“. Sie hatte bei dem Treffen in Bonn mit Ingrid Matthäus-Maier als einstiger Vorstandssprecherin der Bankengruppe der Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) eine besonders kompetente Gesprächspartnerin. Beide sprachen sich für die Beibehaltung dieser „erfolgreichen Arbeitsteilung“ und gegen die Fusion von GIZ und KfW aus.

Sachkunde und der Verzicht auf jegliche Parteilohpolitik zeichneten alle Diskussionsteilnehmer aus. Sicherlich konnte die auf diesem Feld noch junge Politikerin Gönner von deren Sachverstand profitieren. Zum Beispiel von Prof. Dr. Uwe Holtz als langjährigem Bundestags-

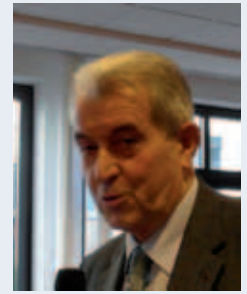
Diskutanten der Veranstaltung



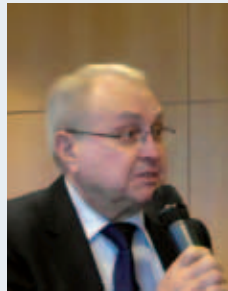
Dr. Elisabeth Altmann



Prof. h. c. Dr. Dieter Grasedieck



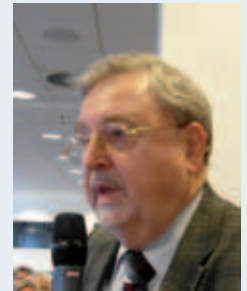
Prof. Dr. Uwe Holtz



Eduard Lintner



Prof. Dr. Nils Diederich



Roland A. Kohn



Dr. Peter Paziorek



Ursula Mogg



Dr. Wolfgang Weng

alle Fotos ©Simone Rüdiger

Ausschussvorsitzenden für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder vom früheren Parlamentarischen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium **Martin Grüner** oder dem vormaligen FDP-Haushaltsexperten **Dr. Wolfgang Weng**. Der tröstete sich über die FDP-Niederlage bei der jüngsten Bundestagswahl ironisch: Nun könne die Vereinigung der Ehemaligen „interessanten Nachwuchs“ erwarten. Eine darunter, **Dr. h. c. Ulrike Flach**, wurde deshalb von Präsidentin Matthäus-Maier als neues Mitglied

besonders begrüßt. Und Tanja Gönner ließ offen, ob sie eintreten wolle.

Mindestens einmal im Jahr kommt die heute in Berlin sitzende Vereinigung der ehemaligen MdB und MdEP nach Bonn. Hier war sie 1976 in der unterdessen leider abgerissenen Villa der Parlamentarischen Gesellschaft gegründet worden. Ihren europäischen Akzent will sie im Oktober 2014 mit einem Beitrag zum Kolloquium der

Europäischen Assoziation in Brüssel stärken: „Die Herausforderungen für die Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Wie können politische Institutionen und die Partizipation der Menschen gestärkt werden.“ Federführend bei der Vorbereitung ist hierbei **Roland A. Kohn**, der als Berichterstatter der Arbeitsgruppe der deutschen Vereinigung benannt wurde. Eine erste Antwort des Beobachters auf die Frage des Kolloquiums:

Institutionen können gestärkt werden, wenn Politiker auch in ihren aktiven Zeiten in Parlament und Parteien so miteinander umgehen wie die „Ehemaligen“.

Helmut Herles
ehemaliger FAZ-Korrespondent und
Chefredakteur des
Bonner General-Anzeigers

Studientag in Bonn zur Vorbereitung des Europäischen Kolloquium 2014 - Herausforderungen der Demokratie

Die Europäische Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter der Mitgliedsstaaten des Europarats (FP-AP), der unsere Vereinigung angehört, hat beschlossen, im November 2014 ein Kolloquium zum Thema „Die Herausforderungen der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“ durchzuführen. Der frühere französische Abgeordnete **Jean-Pierre Fourré** wurde von der Europäischen Assoziation zum Berichterstatter für dieses Thema bestellt. Solche Kolloquien finden alle zwei Jahre statt und münden in eine Deklaration zum jeweiligen Thema.

Einer guten Tradition folgend nimmt unsere deutsche Vereinigung aktiv an diesen Kolloquien sowie der Erarbeitung der Deklarationen teil. Um den interessierten Mitgliedern unserer Vereinigung die Mitwirkung zu ermöglichen, haben das Vorstandsmitglied der Europäischen Assoziation, **Prof. Dr. Nils Diederich**, sowie deren Ehrenvorsitzender, **Prof. Dr. Uwe Holtz**, anlässlich der Mitgliederversammlung in Bonn am 5. November bei einem Studientag über den aktuellen Stand der ersten Textentwürfe informiert.

In der zweieinhalbstündigen engagierten Aussprache wurde der vorliegende Entwurf von

Herrn Fourré teils kritisch bewertet. Es bildete sich der Konsens heraus, als deutsche Vereinigung mit einem eigenständigen Vorschlag in die weitere Diskussion hineinzugehen. Der Vorstand unserer Vereinigung bat mich, als Berichterstatter diesen Diskussionsprozess inhaltlich zu betreuen. Da spätestens Ende Januar 2014 die Vorschläge und Änderungswünsche der nationalen Vereinigungen in Brüssel vorliegen müssen, wurde beschlossen, eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden, um zügig die deutsche Stellungnahme auszuarbeiten.

In Bonn bestand beim Studientag Gelegenheit, sich für diese Arbeitsgruppe anzumelden. Bei der nächsten Mitgliederversammlung im Frühjahr in Berlin werde ich ausführlich über den Stand der Vorbereitungen des europäischen Kolloquiums informieren, um allen Kolleginnen und Kollegen die Chance zu geben, die deutsche Position mit festzulegen.

Roland A. Kohn



Prof. Dr. Nils Diederich, Roland A. Kohn, Ingrid Matthäus-Maier (v. l. n. r.) ©Clemens Schwalbe

Sechstes Kontakttreffen mit den „Ehemaligen der Landtage“ in Berlin am 14.06.2013

Nach der 30-Jahr-Feier beschloss der Vorstand unserer Vereinigung, die Zusammenarbeit mit den Vereinigungen ehemaliger Parlamentarier der Länder, bis dahin vor allem durch gelegentliche wechselseitige Besuche von Veranstaltungen aufrecht erhalten, zu vertiefen. Das erste Kontakttreffen fand dann im Sommer 2008 unter Leitung unseres damaligen Vorstandsmitglieds **Siegrun Klemmer** statt. In diesem Jahr wurde das nunmehr sechste Treffen am 14. Juni im wohl schönsten Sitzungssaal im Bundestag unter dem Dach des Jakob-Kaiser-Hauses, damals noch der FDP-Fraktion zugeordnet, unter Moderation durch unseren Vizepräsidenten **Roland A. Kohn** veranstaltet. Es trafen sich die Präsidenten der Ländervereinigungen mit dem Vorstand unserer Vereinigung. Thema waren die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und der Länderfinanzausgleich,



Koordinator des Treffens: Roland A. Kohn ©Clemens Schwalbe



Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Mitglied des Bayerischen Landtages, (CSU) ©Clemens Schwalbe

aktuell durch die Klage Bayerns vor dem Bundesverfassungsgericht. **Philipp von und zu Lerchenfeld**, Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag (CSU), erläuterte die Sicht eines Geberlandes. **Andy Jauch**, Mitglied des Hauptausschusses (Haushalt) des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD) stellte die Position Berlins als Nehmerland dar.

Lerchenfeld führte aus, dass die Klage erhoben worden sei, weil es keine Bewegung in der Frage gebe. Bayern, als einstmaliges Nehmerland sei nunmehr Geberland, für 2014 würden voraussichtlich 14 Mrd € fällig, eine

Summe, die Bayern fehle, den Nehmerländern aber Maßnahmen ermögliche, die sich Bayern nicht leisten könne. Es frage sich, warum die Stadtstaaten Geld erhielten („Einwohnerveredelung“), das anderen Großstädten, wie beispielsweise München, nicht gewährt werde. Das jetzige Verfahren sei nicht dazu angetan, die Anstrengungen der Nehmer zur Steigerung ihrer Einnahmen anzureizen. Man wolle einen fairen Ausgleich erreichen, das Ansteigen der Umverteilung müsse aber gedeckelt werden. Für Berlin gelte, dass der Bund sich an der Bewältigung der Hauptstadtaufgaben beteiligen müsse.



Dr. Alfred Beth, Staatsminister a. D., Hartmut Sieckmann, Minister a. D., Ulrich Seidel, Josef Rebhan, Adolf Dingreiter, Gerhard Bubel, Inge Velte (v. l. n. r.)

©Clemens Schwalbe



Andy Jauch, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (SPD) ©Clemens Schwalbe

Jauch erwiderte, dass für die Stadtstaaten die „Einwohnerveredelung“ notwendig sei, da sie Aufgaben für Menschen erfüllten, die zwar in dem Stadtstaat arbeiteten, ihren Wohnsitz aber im Umland hätten und damit dort Steuern zahlten. Es sei auch richtig, dass sich die Länder an den Kosten der Hauptstadtrepräsentanz angemessen beteiligten, schließlich sei Berlin gemeinsame Hauptstadt. Berlin bemühe sich, das strukturelle Defizit, das auf historische

Ursachen zurückzuführen sei, zu beseitigen; zunächst werde ein Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben angestrebt, vor allem durch ein unterdurchschnittliches Wachstum der im Haushalt eingestellten Ausgaben (0,3%). Ab 2017 werde ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt, auch angesichts der im Grundgesetz vorgeschriebenen Schuldenbremse und des absehbaren Endes des Solidarpakts. Die abzutragende Schuldenlast bleibe aber.

In einer ausführlichen Diskussion, an der sich die meisten Teilnehmer beteiligten, wurde insbesondere der Aspekt der Neugliederung der Länder mit der Tendenz zu größeren Ländern hervorgehoben (**Seidel, Diederich, Jauch, Lerchenfeld**). Wasser in den Wein gab es mit dem Hinweis auf die gescheiterte Fusion Berlin – Brandenburg (Diederich, Jauch). Eine Ländervereinigung sei in absehbarer Zeit ausgeschlossen, also müsse der Länderfinanzausgleich im Grundsatz erhalten bleiben (**Matthäus-Maier**). Offenkundig sei aber die Bundesrepublik nicht in der Lage, einen rationalen Staatsaufbau

herbeizuführen; insbesondere der Begriff der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ sei unscharf und führe zur Beliebigkeit (Moderator Kohn). Es müsse die Aufgabenverteilung der Staatsaufgaben neu geordnet werden, aber offenkundig habe man nicht die Kraft zu Reformen (Lerchenfeld). Schließlich sollten die Länder ihre Finanzangelegenheiten selbst regeln, dies sei Sinn des Föderalismus (**Velte, Dingleiter**). Es wurde auf die Finanznot vieler Kommunen verwiesen, vor allem auch, weil ihnen durch den Gesetzgeber Aufgaben zugewiesen seien, die aber nicht hinreichend finanziert seien. Auch wurde Skepsis im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse laut. Den Ostländern werde die Konsolidierung schwer gemacht; aus Thüringen würden gut ausgebildete junge Leute nach Bayern und Baden-Württemberg „abgesaugt“ und gingen so dem Ursprungsland, das in sie investiert habe, verloren (**Sieckmann, Seidel**).

An die Aussprache schloss sich ein Erfahrungsaustausch über die Arbeit für die „Ehemaligen“ an. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einem gemeinsamen Mittagessen. Der Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft **Professor Riesenhuber** hatte die Teilnehmer aus den Ländern wie in den Vorjahren zum Sommerfest der DPG geladen und begrüßte sie als besondere Gäste.

Nils Diederich



Clemens Schwalbe, Heinz-Dieter Tempel – Sachsen, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld - MdL, Hartmut Sieckmann – Thüringen, Hans-Dirk Bierling, Roland A. Kohn, Josef Rebhan - Baden-Württemberg, Adolf Dingleiter – Bayern, Inge Velte – Hessen, Prof. Dr. Nils Diederich, Wolfgang Kiéck – Hamburg, Ulrich Seidel - Sachsen-Anhalt, Dr. Alfred Beth – Rheinland-Pfalz, Andy Jauch - MdA, Gerhard Bubel – Berlin (v. l. n. r.) ©Brigitte Prévot

25 Jahre „Ehemalige“ in Rheinland-Pfalz

Festakt in Mainz

Die „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz e. V.“ feierte im Sommer das erste Vierteljahrhundert ihres Bestehens mit einem Festakt im Plenarsaal des Mainzer Landtags. Der Präsident der Vereinigung, Staatsminister a. D. **Dr. Alfred Beth**, konnte Landtagspräsident **Joachim Mertes**, unser Vorstandsmitglied **Roland A. Kohn**, führende Mitglieder der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie Repräsentanten anderer Ehemaligen-Vereinigungen aus den deutschen Bundesländern begrüßen.

Präsident Dr. Beth hob in seiner Begrüßung besonders hervor, daß eine Reihe der 80 Gründungsmitglieder der Vereinigung aus dem Jahr 1988 anwesend sei. Landtagspräsident Mertes würdigte die Leistung der ehemaligen

Abgeordneten beim Aufbau des Landes in den letzten Jahrzehnten.

Roland A. Kohn betonte in seinem Grußwort für unsere Vereinigung sowie die Landesvereinigungen die große Wertschätzung, welche die rheinland-pfälzischen Ehemaligen für ihre ausgezeichnete Arbeit in Berlin genießen. Auch die Anwesenheit einer großen Anzahl von befreundeten Ehemaligen-Vereinigungen aus anderen Bundesländern zeuge davon.

Kohn wies auf die besondere Verantwortung der ehemaligen Abgeordneten für die Wahrung und Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratie hin. Inzwischen sei es in manchen Kreisen chic, verächtlich über Parlament und Demokratie zu sprechen; und manche Intellektuellen, wie etwa der kanadische politische Philosoph **Daniel A. Bell**, propagierten offen eine Abkehr von der Demokratie. Diesen Verschiebungen in der geistigen und normativen Tektonik westlicher Demokratien müsse entschieden entgegengetreten werden.

Roland A. Kohn dankte abschließend der



rheinland-pfälzischen Vereinigung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschte ihr alles Gute für das nächste Vierteljahrhundert. In seiner Festansprache setzte sich der frühere DFB-Präsident, **Dr. Theo Zwanziger**, für ein kritisches Miteinander von Sport und Politik ein. Dr. Zwanziger gehörte selbst einige Zeit dem Landtag in Mainz an.

Im Anschluß an den Festakt lud die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Frau **Malu Dreyer**, die Teilnehmer zu einem Empfang in die Staatskanzlei. In ihrer Ansprache dankte sie den früheren Abgeordneten für ihre Verdienste um das Land und seine Menschen.

Clemens Schwalbe



Ministerpräsidentin Malu Dreyer (re.), Roland A. Kohn (li.)

©Klaus Benz



Präsident Dr. Alfred Beth, Staatsminister a. D., Dr. Theo Zwanziger,

Roland A. Kohn (v. l. n. r.) ©Klaus Benz

Interessante Aktivitäten der Europäischen Assoziation

Im Jahre 2013 traf sich die Europäische Assoziation (EA) ehemaliger Abgeordneter aus Mitgliedstaaten des Europarates zu drei Tagungen:

1. Vorstand und Generalversammlung am 15. März, wobei insgesamt siebzehn Vereinigungen vertreten waren (wir durch die beiden EA-Vorstandsmitglieder **Prof. Dr. Nils Diederich** und **Klaus Francke** sowie EA-Ehrenpräsident **Prof. Dr. Uwe Holtz** und zusätzlich durch **Roland A. Kohn** in der Generalversammlung). Beide Gremien tagten nacheinander unter dem Vorsitz der EA-Präsidentin **Dr. Mechtild de Jong** in einem Konferenzraum der französischen Nationalversammlung.

Die wichtigsten Beratungsgegenstände waren:

a) Follow-up des Kolloquiums in Malta:

Erklärung zum Thema „Unterstützung für die Demokratisierungsprozesse im südlichen Mittelmeerraum und Nahen Osten“ und der Dringlichkeitsappell zu Syrien (beide Dokumente waren wesentlich von uns beeinflusst).

Zustimmende Reaktionen waren u. a. eingegangen vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, **Martin Schulz**, vom Präsidenten des rumänischen Parlaments, **Valeriu Stefan Zgonea**, und dem Rektor des Europakollegs in

Brügge, **Paul Demaret**. Die Venedig-Kommission „Demokratie durch das Recht“ des Europarates bedankte sich für die Unterstützung ihrer Arbeit im nordafrikanischen Raum. Verschiedene Vereinigungen berichteten von ihren Aktivitäten – letztlich konnte eine gemischte Bilanz gezogen werden. Das gilt auch für uns: Wir konnten auf positive Rückmeldungen aus dem Bereich der politischen Stiftungen und wissenschaftlicher Denktanks verweisen; auf die Deutsche Welle, die in ihrer Berichterstattung den Syrienappell aufgriff; oder auf das Programm „Internationales Parlaments-Stipendium“ des Bundestages, das versicherte, die beiden Dokumente in einen Reader für das „Programm Arabische Staaten“ aufzunehmen (zwischenzeitlich geschehen). Die Rückmeldungen aus den relevanten Bundestagsausschüssen und Bundesministerien waren spärlich und nicht substantiell.

b) Erweiterung der Europäischen Assoziation: Erstmals konnte eine Zweierdelegation der litauischen Ehemaligenvereinigung, die bei der EA einen Beobachterstatus besitzt, begrüßt werden. Uwe Holtz, im EA-Vorstand für Erweiterungsfragen zuständig, konnte berichten, dass die rumänische Vereinigung Interesse an einer Mitgliedschaft zeigt. Nach lebhafter

Diskussion wurde in der Generalversammlung beschlossen, nähere Informationen einzuholen und dabei auch darauf zu verweisen, dass die EA erwartet, dass die Mitglieder der rumänischen Vereinigung aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind.

c) Der Haushalt der Assoziation:

2012

– Einnahmen: 35.909 €, durch die jährlichen Beiträge der

Mitgliedsvereinigung aufgebracht (für jede Vereinigung 1.800 €).

- Ausgaben: 33.032 €; wichtige Ausgabenposten waren der Auslagenersatz für den Belgischen Senat, der das Sekretariatspersonal stellt und die tägliche Arbeit erledigt; die Reisekosten für das Sekretariatspersonal und Dolmetscher; Übersetzungskosten; die Website, Subvention für das Kolloquium in Malta.
- Kassenstand am 31.12.2012: 40.817 €.

2013

- Geplante Einnahmen und Ausgaben für 2013: 34.600 €. Bei 21 Mitgliedsvereinigungen ist mit Einnahmen von 37.800 € zu rechnen, wenn denn alle (rechtzeitig) ihre Beiträge entrichten, was nicht immer der Fall ist. Von Vorstand und Generalversammlung wurde ein Ausgaberahmen in Höhe von 34.600 € gebilligt. (Detaillierte Informationen über das EA-Budget sind über unser Sekretariat zu erhalten.)

2. Vorstandssitzung am 14. Juni. Vertreten waren insgesamt vierzehn Vereinigungen (unsere durch Uwe Holtz).

Auf Einladung der andorranischen Ehemaligenvereinigung tagten wir im Konferenzzentrum der Hauptstadt Andorra la Vella („Alt-Andorra“) und besuchten sowohl das alte, ehrwürdige Parlamentsgebäude (Casa de la Vall) als auch den bald offiziell zu eröffnenden Neubau.



Klaus Francke, Ehrenpräsident der EA Prof. Dr. Uwe Holtz, Präsidentin der EA Dr. Mechtild de Jong, Prof. Dr. Nils Diederich, Roland A. Kohn (v. l. n. r.) ©privat



Vor dem alten Parlament Andorras © Parlament von Andorra

Neben der Vorstandssitzung gab es Treffen und Diskussionen mit hochrangigen Persönlichkeiten. Parlamentspräsident **Vicenç Ma-teu**, Kulturminister **Albert Esteve**, Bürgermeisterin **Rosa Farrer** wie auch der Vorsitzende der andorranischen Ehemaligenvereinigung, **Josep Marsal Riba**, unterstrichen unisono, welche große Bedeutung dem Besuch der Europäischen Assoziation zukomme, zumal das Land bis Mai 2013 auch erstmals den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates gestellt habe. Die wichtigsten Ergebnisse der von EA-Präsidentin Mechtild de Jong geleiteten Vorstandssitzung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Europäisches Kolloquium 2014
Nach ausführlichen Diskussionen wurde als Thema für das Kolloquium einmütig beschlossen: „Die Herausforderungen für die Demokratie

in Zeiten der Globalisierung. Wie können demokratische Institutionen und die Partizipation der Menschen gestärkt werden?“ Man verständigte sich auf **Jean-Pierre Fourré** (Frankreich) als Generalberichterstatler. Das Kolloquium soll am 12./13. November 2014 in Brüssel stattfinden.

b) Follow-up der Malta-Beschlüsse

Nur wenige Vereinigungen konnten Neues berichten. Wir konnten vortragen, dass (i) die FES u. a. aus dem BMZ-Sonderfonds, Demokratisierung' mehrere Aktivitäten in einzelnen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens durchgeführt hat, (ii) unsere beiden EA-Vorstandsmitglieder Nils Diederich und Klaus Francke gerade in Berlin mit dem KAS-Vorsitzenden **Hans-Gert Pöttering** MdEP über Stiftungsaktivitäten in der Region und die unge-rechtfertigte Verurteilung der Stiftung und ihre Schließung in Ägypten gesprochen hatten und (iii) ich in Bonn einen Vortrag vor Diplomaten und Studierenden der Mittelmeer-Akademie für diplomatische Studien (Malta) und des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (Bonn) gehalten hatte.

c) Erweiterung der Assoziation um Rumänien

Die rumänische Ehemaligen-Vereinigung hat mittlerweile auf das im März d. J. von der Generalversammlung beschlossene Vorgehen bzw. die dort geäußerten Erwartungen positiv reagiert. Die Vereinigung wurde 2009 gegründet, sie weist zz. 94 Mitglieder auf, ihr Präsident ist **Vasile Radulescu**. Man unterstützt die Ziele der EA und des Europarates. Auch wurde versichert, dass alle Mitglieder – ehemalige Abgeordnete und Senatoren – aus demokratischen Wahlen nach 1990 hervorgegangen sind. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Rumänien Mitglied des Europarates, der NATO und der EU sei. Es zeichnete sich die klare Tendenz ab, die rumänische Vereinigung in die EA aufzunehmen, und zwar zunächst als Beobachter für maximal zwei Jahre, wie dies u. a. bei Andorra, Litauen, Luxemburg, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz und Ukraine der Fall war.

3. Vorstandssitzung am 4. Oktober 2013
(siehe den Bericht des Kollegen Francke)

Uwe Holtz

Vorstand der Europäischen Assoziation tagte in Den Haag vom 3. bis 6. Oktober 2013

Drei bemerkenswerte Erkenntnisse.

Vom 3. bis 6. Oktober tagte in Den Haag das Büro der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter aus den Staaten der Europäischen Union.

1. Erkenntnis

200 Jahre nach Gründung des Königreiches der Niederlande ist es bemerkenswert, welche uneingeschränkte Zustimmung zur bestehenden demokratischen Grundordnung des Landes von allen politischen Kräften getragen wird und deren Zusammenleben bestimmt.

2. Erkenntnis

Die Bürger des Landes wissen um die Erfolge ihres Landes im Kreise der Europäischen Union und wollen diese Gemeinschaft erhalten und weiter stärken.

3. Erkenntnis

Der Ausbau der Infrastruktur als Voraussetzung für das weitere Wirtschaftswachstum, verbunden mit dem Ausbau und der weiteren Verbesserung des Bildungswesens, bei gleichzeitiger Stärkung der europäischen Institutionen im eigenen Lande, sind wichtige Vorhaben der Zukunft.

Im Verlauf der Tagung wurde den Mitgliedern des Büros durch diverse Vorträge und Diskussionen die politische Agenda der Regierung und des niederländischen Parlaments vermittelt. Von besonderer Bedeutung und damit auch Interesse bei den Anwesenden war ein ausführlicher Vortrag von **Dr. Abiodun Williams**, „Präsident of The Hague Institute for Global Justice, Institut of Law and Peace Dr. Williams in the Hague“.

Dr. Williams postulierte 5 Thesen:

1. Es war richtig, der Europäischen Union den Friedensnobelpreis zu verleihen.
2. Die Reform der UN muss ein permanenter Prozess sein. „Der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Form ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts, nicht geeignet für das 21. Jahrhundert.“
3. Die Fehler der Staatengemeinschaft in Bosnien dürfen sich nicht wiederholen. „Wo kein Frieden ist, kann kein Frieden erhalten bleiben, sondern muss Frieden gebracht werden. Ideologisch, wirtschaftlich und notfalls militärisch.“
4. Das Telefonat zwischen Präsident **Obama** und dem neuen iranischen Präsidenten ist eine erste vernünftige Maßnahme.

Die Prinzipien der Arbeit des Instituts sind nachzulesen in der Broschüre „The Hague Approach“.

Zur weiteren Arbeit der Vereinigung wurden folgende Beschlüsse zur Vorlage in der Generalversammlung beschlossen:

1. Aufnahme der rumänischen Vereinigung ehemaliger rumänischer Abgeordneter (gewählt nach der Wende) als Beobachter.
2. Diskussion eines von der französischen Delegation vorbereiteten Papiers mit dem Thema „The Challenges of Democracy in the age of Globalisation“.
3. Die deutschen Mitglieder des Büros haben zur Neuwahl des Präsidenten der Europäischen Vereinigung den Leiter der polnischen Delegation vorgeschlagen.

Die Gastfreundschaft der Niederländer, einschließlich der Bürgermeister von Den Hague und Delft sowie der Präsidentin der 2. Kammer des niederländischen Parlaments, war bemerkenswert.

Klaus Francke



Im Konferenzsaal des niederländischen Außenministeriums, v. l. n. r.: Klaus Francke, Prof. Dr. Nils Diederich und Prof. Dr. Uwe Holtz. Im Hintergrund das Doppelporträt von König Willem-Alexander und Königin Máxima.“ ©privat

30. Treffen von Congressional Study Group on Germany und der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe

Wirklich schon 30 Jahre !!??

Mit einer ungewöhnlich großen Delegation (neun Mitglieder des Repräsentantenhauses) waren die amerikanischen Kollegen vom 23.-29.03.2013 über den großen Teich nach Berlin gekommen, um das Jubiläum angemessen zu feiern. Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** ließ es sich nicht nehmen, die Gruppe zu einem ausführlichen Gedankenaustausch im Bundeskanzleramt zu empfangen. Neben den transatlantischen Beziehungen stand das Verhältnis zu Russland im Mittelpunkt der Aussprache. Die Bundeskanzlerin zeigte sich unzu-

frieden mit der innenpolitischen Entwicklung in Russland; „... ich empfehle aber trotzdem, um Russland zu werben.“

Es war das letzte Treffen, an dem der Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe, **Hans-Ulrich Klose**, als aktiver Abgeordneter teilnahm. Die Vereinigung der „Ehemaligen“ nutzt die Gelegenheit, sich bei ihm für eine stets harmonische und fruchtbare Zusammenarbeit zu bedanken.

Die amerikanischen Kollegen verliehen ihm in Anerkennung seiner Arbeit den „International Statesmanship Award“.

Herzlichen Glückwunsch, Ulli, und willkommen in den Reihen der „Ehemaligen“.

Über 50 Personen nahmen am diesjährigen Treffen teil. Allein 22 Abgeordnete (und drei „Ehemalige“, die in den USA den würdigen

Namen „Honorable“ tragen) vertraten die parlamentarische Ebene. Neben Botschafter **Dr. Peter Ammon** waren Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und von den politischen Stiftungen dabei. Die „Farben“ der „Ehemaligen“ vertraten unsere Präsidentin **Ingrid Matthäus-Maier** (SPD) und **Klaus-Jürgen Hedrich** (CDU).

Eröffnet wurde das Treffen im Magnus-Haus, dem Sitz der Atlantik-Brücke, durch den Präsidenten **Friedrich Merz**, der die Perspektiven des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommens (TTIP) darstellte.

Am dritten Tage machte sich die Karawane auf den Weg nach München, wo die Gruppe zu einem zünftigen Abendessen im Palais Keller des Bayerischen Hofes durch die Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Bundes- und

Europaangelegenheiten, unsere frühere Kollegin **Prof. Ursula Männle**, begrüßt wurde.

Auf dem Programm stand weiter ein Besuch bei BMW („Future Mobility“) und eine Diskussion mit **Stefan Kornelius**, dem „Chief Editor“ der Süddeutschen Zeitung und Buchautor (Angela Merkel: Die Kanzlerin und ihre Welt), zur Bewertung der deutschen Rolle in Europa. Natürlich durfte ein Abstecher nach Kloster Andechs nicht fehlen. Aber auch dort wurde gearbeitet.



(vordere Reihe, v. l. n. r.) Rob Bishop, Gene Green, Präsidentin U. S. Association of Former Members of Congress Connie Morella, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Hans-Ulrich Klose, Jim Sensenbrenner, Charlie Dent, Botschafter Dr. Peter Ammon — (hintere Reihe, v. l. n. r.) Stefan Liebich, Klaus-Jürgen Hedrich, Tim Ryan, Jim Cooper, Dr. Rainer Stinner, Präsidentin Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Günter Krings, Stephan Mayer, Diana Degette, Tim Murphy ©Bundesregierung

Unsere Präsidentin Ingrid Mattäus-Maier referierte zum Thema „Nationale Souveränität und die Zukunft der Europäischen Union“. Bei der oft gestellten Frage nach „Mehr Europa und weniger Europa“ gehe es in Wirklichkeit um ein „Besseres Europa“. So gehe es um „intelligente“ Antworten auf die Schuldenkrise. Sie erinnerte daran, dass in den USA im Jahre 1790 die Union einen Kompromiss in der Frage der Schulden der einzelnen Staaten schloss. Diese übertrugen einen Teil ihrer Souveränität auf die Bundesebene bei gleichzeitiger Übergabe ihrer Schulden und der Verlagerung der Hauptstadt von Philadelphia

nach Washington. Dieser „debt repayment fund“, welcher der Bundesregierung vom Sachverständigenrat unter Hinweis auf den „Hamilton-Madison-Kompromiss“ empfohlen wurde, enthüllt den Verzicht auf Souveränitätsrechte, um die Union zusammenzuhalten. Die Gäste zeigten sich verblüfft über diesen Verweis auf die eigene Geschichte. Nicht versäumen möchte ich, der Hanns-Seidel-Stiftung und dem German Marshall Fund für die ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung zu danken, aber ebenso **Sabine Schleidt** (Association of Former Members) und **Renée Krebs** (Bundestagsverwaltung) für

die tatkräftige Vorbereitung und Begleitung des Seminars. Zum Abschluss einer informativen und von Herzlichkeit geprägten Woche lud der Vorsitzende der Congressional Study Group on Germany, **Tim Ryan**, nach Ohio ein, einer alten Tradition der Amerikaner folgend, nämlich die Tagungen in den USA neben Washington im Wahlkreis des jeweiligen Chairman stattfinden zu lassen.

Klaus-Jürgen Hedrich

Deutsch-dänische Beziehungen

Uwe Looft als unser Verbindungsmann zur dänischen Vereinigung berichtet über die diesjährige Jahreshauptversammlung am 13. März 2013:

In der Jahreshauptversammlung geht es um die Wiederwahl von vier der sieben Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende **Chr. Mejdahl**, der Schatzmeister **Bent Stubkjaer** und der Auslandsbeauftragte **Kaj Stillinger**. Der Schatzmeister berichtet anhand einer schriftlichen Unterlage über die Rechenschaft der Einnahmen und der Ausgaben in der Gesamthöhe von aufgerundet 160 TDKK, das entspricht etwa 23 T€. Vorher berichtet der Präsident des dänischen Parlaments **Mogens Lykketoft** über „Neues vom Folketing“ in einer so launigen Art und Weise, dass die Zuhörerschaft sich sehr amüsiert zeigt. Auch wenn ich viele Sottisen oder Ähnliches, z. B. über seine Reisen, nicht mitbekomme, habe ich drei ernsthafte und interessante Punkte zu erwähnen:

1. Auch in Kopenhagen wird das Thema „Aufrechterhaltung des freien Zugangs zum Parlamentsgebäude und Gewährleistung der Sicherheit“ diskutiert.
2. Aktuell werde die Lösung dieser Frage bei der Planung und dem Bau eines Restaurants für 100 Personen im Turm der Christiansburg, das in einem Jahr eröffnet werden soll.
3. Teilt Folketingsformand Mogens Lykketoft mit, das für das Reichsarchiv ein Neubau vorgesehen sei.

Was können wir tun, die Armut auf der Welt abzuschaffen?

In weiteren 90 Minuten hat der Seniorforscher und ehemaliger Abgeordneter **Steen Folke** genügend Zeit, seine Analysen über die Armut und den Hunger auf der Welt vorzutragen, seine Lösungsvorschläge zu machen, ein Fazit zu ziehen und es mit den Zuhörenden zu debattieren. Sein durchaus optimistisch klingendes Fazit lautet: Die Welt gebe genügend her, um den Bedarf aller zufriedenzustellen, allerdings nicht



Chr. Mejdahl (Venstre), Vorsitzender der dänischen Vereinigung ehemaliger Folketingsmitglieder und ehemaliger Parlamentspräsidenten ©Uwe Looft

die Begierden aller. Damit nimmt er einen Gedanken Gandhis auf. Die Zusammenkunft klingt aus bei einem Essen mit Wein und Gesang im Plazahotel.

Uwe Looft

„Ehemalige“ im Ehrenamt



Prof. Dr. Dres. h. c. Ursula Lehr,
Bundesministerin a. D. © privat



Politisch – wenn auch nicht parteipolitisch – aktiv in einem Ehrenamt, das mehr als ein 40-Wochenstunden-Job ist.

Nachdem ich 2008 das Amt der Präsidentin unserer Vereinigung abgab, und noch bevor ich 2010 ganz aus dem Vorstand ausschied, habe ich 2009 das Amt der Vorsitzenden der BAGSO übernommen, in das ich 2012 mit überwältigender Mehrheit (98%) für die nächsten drei Jahre wiedergewählt wurde. Die BAGSO, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, ist ein Dachverband von über 100 Verbänden (zu denen auch alle Seniorenorganisationen aller im Bundestag vertretenen Parteien zählen), welche die Interessen von etwa 13 Millionen älteren Menschen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertritt, wobei auch die nachfolgenden Generationen immer im Blick sind.

Die BAGSO setzt sich ein für ein realistisches Altersbild, für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, für eine gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen, ein solidarisches Miteinander der Generationen, eine hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung und für

die Interessen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher.

In Fachkommissionen „Aktuelle Fragen der Politik“, „Freiwilliges Engagement und Partizipation“, „Gesundheit und Pflege“, „Neue Medien“ werden Positionspapiere erarbeitet, die auch in der Politik Eingang finden. Außerdem richtet die BAGSO – in dreijährigem Abstand – den „Deutschen Seniorentag“ aus. Der letzte (10.) deutsche Seniorentag fand unter meiner Präsidentschaft vom 3.-5. Juli 2012 in Hamburg statt, hatte 20.000 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik; Reden von Bundespräsident **Gauk** und Bundeskanzlerin **Merkel** und rund 100 Einzelveranstaltungen bestimmten das Programm und machten deutlich, dass die Politik an den Interessen der Seniorinnen und Senioren nicht mehr vorbei gehen kann. Der nächste Deutsche Seniorentag wird 2015 stattfinden.

Ursula Lehr



Dr. rer. pol. h. c. Rudolf Seiters,
Bundesminister a. D. © DRK

Die DRK-Altenhilfe

Die Altenhilfe ist ein zentrales Aufgabenfeld des Deutschen Roten Kreuzes, wobei die Struktur der pflegerischen Versorgung einer Neugestaltung bedarf, d. h. es ist eine Verknüpfung von familiärer und professioneller Versorgung, Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement und regionaler Politik erforderlich. Mithin erachtet es das DRK als wesentliche Weiterentwicklung, die Hilfen im Alter zu vernetzen.

Maßgeblich ist hierbei die Sozialraumorientierung, die den früheren Ansatz der „Gemeinwesenarbeit“ fortführt. Zentrale Bezugsgröße des Ansatzes ist der „soziale Raum“ als

Ort des aktivierenden sozialarbeiterischen Handelns. Diese Methode kann dazu beitragen, dass bauliche, strukturelle, soziale und andere Ressourcen gemeinsam mit der Bevölkerung aufgebaut und unterstützt werden.

Die eigentliche Herausforderung besteht für das DRK darin, aus den bestehenden Angeboten „Pflege“ und „Dienstleistungen für Senioren“ je nach persönlicher Situation des hilfe- bzw. pflegebedürftigen Menschen ein individuelles Leistungspaket zu schaffen. So kann den entsprechenden Zielgruppen, hilfebedürftigen älteren Menschen sowie pflege-

bedürftigen älteren Menschen, ein Zugang zu ihren gewünschten Leistungen ermöglicht werden. Damit wird der vorhandene Wunsch, auch im Alter in der bisherigen Häuslichkeit bleiben zu können, solange dies möglich ist, unterstützt, indem die dafür notwendigen Unterstützungsbedingungen gewährleistet werden. Denn wer lange seinen Lebensalltag möglichst selbständig bewältigen möchte, sollte dies in einem adäquaten Umfeld mit so wenig Einschränkungen wie möglich tun können.

Um dann noch möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben zu können, bietet das DRK verschiedene Hilfeleistungen an, wie z.B. die ambulante Pflege, Tagespflege, Hausnotruf, ehrenamtliche Besuchsdienste sowie Präventionsangebote in Form von Bewegungsangeboten usw. Diese vielfältigen Dienstleistungen sollten im Idealfall aus einer Hand kommen und könnten zukünftig bedarfsgerecht über die Beratungszentren des DRK vermittelt werden.

Rudolf Seiters



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

10 Jahre Programm „Ehemalige in die Unis“

Seit dem Sommersemester 2003 halten ehemalige Mitglieder des deutschen Bundestages an der Universität Bonn und darüber hinaus Vorträge. Unter Leitung von **Professor Dr. Uwe Holtz** und **Professor Dr. Gerd Langguth** wurden in den letzten 10 Jahren 104 Gastvorträge organisiert. Für viele Studierende ist es heute ein wichtiger Teil ihres Studiums, nicht nur Theorien, sondern auch praktische Erfahrungen kennenzulernen. Wie arbeitet der Deutsche Bundestag? Was ist Föderalismus? Wie findet Demokratie statt, wie Partizipation

der Bürger, wie Vermittlung von politischen Inhalten? Wie funktioniert eine Regierung, eine Koalition, die Opposition? Ist wirklich vieles alternativlos? So oder ähnlich lauten Fragen, die junge Menschen bewegen. Sie interessieren sich für Politik.

Es ist wichtig, ihre Fragen ernst zu nehmen und zu beantworten. Deshalb sollte das Programm auch in Zukunft Kontakte zwischen Studierenden und Abgeordneten möglich machen.

Jürgen Rüttgers

Anmerkung:

Mit Stand vom 28.10.13 haben sich beim neuen Koordinator des Programms bereits 27 Interessenten gemeldet. Dies heißt, dass sich diese „Ehemaligen“ (13 CDU, 9 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 FDP) zumindest grundsätzlich vorstellen können, an dem Programm mitzuwirken.

Die größte Zahl der Rückmeldungen, nämlich zehn, stammt aus NRW. Der Rest der Rückmeldungen ist quer über Deutschland verteilt. Thematisch findet sich eine breite Palette an Angeboten: Außenpolitik, Verteidigungspolitik,

Europapolitik, (internationale) Finanzpolitik, Innenpolitik, Verbraucherschutzpolitik, Bildungspolitik, Wissenschaft und Forschung, Kulturpolitik, Israel und der nahe Osten, Menschenrechtspolitik, Geschichte der DDR und der Wende 1989/90, Bauen und Wohnen, Kommunalpolitik, Lobbyismus.

Jetzt bzw. in der Zukunft kommt es darauf an, Dozentinnen und Dozenten zu finden, in deren Veranstaltungen „Ehemalige“ zum Einsatz kommen können.



*Dr. Dr. h. c. mult. Jürgen Rüttgers,
Ministerpräsident a. D.
Bundesminister a. D. ©privat*


Ehemalige
in die Unis



- **Helmut Herles**

Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft
Innenansichten aus dem Club der Abgeordneten
be.bra Verlag, Berlin 2013
93 zum Großteil farbige Abbildungen, Ganzleinen
19,95 €
ISBN 978-3-89809-106-0
Dr. Helmut Herles, ehemaliger Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, hat ein Buch über die DPG geschrieben, welches im November erscheint. Darin widmet er auch ein Kapitel der Vereinigung ehemaliger MdB und MdEP.
Der Autor wird darüber im Februar 2014 mit der Präsidentin unserer Vereinigung, **Ingrid Matthäus-Maier**, im Bonner „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in einer öffentlichen Veranstaltung diskutieren.



- Unser Vorstandsmitglied **Roland A. Kohn** hat zusammen mit Prof. Dr. Mike Friedrichsen das Buch

„Digitale Politikvermittlung – Chancen und Risiken interaktiver Medien“ herausgegeben. Darin enthalten sind Kohns Beitrag: „Parlamentarismus – analoges Auslaufmodell in einer digitalen Welt?“ sowie der Beitrag unseres Vorstandsmitglieds **Prof. Dr. Nils Diederich**: „Politik und Öffentlichkeit angesichts des gesellschaftlichen Strukturwandels im ‚digitalen‘ Zeitalter“.
Springer - Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin 2014
ca. 480 Seiten, 49,95 €
ISBN 978-3-658-01125-3



- **Erika Schuchardt**

Warum gerade ich ...?
Leben lernen in Krisen
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
umfassend veränd. 13. Auflage (2013)
360 Seiten, mit 37 Abbildungen und 17 Graphiken, mit DVD
kartoniert, 19,99 €
ISBN 978-3-525-62421-0

- **Erika Schuchardt**

Diesen Kuss der ganzen Welt
Wege aus der Krise
Beethovens schöpferischer Sprung
Georg Olms Verlag, E-book (pdf),

Hildesheim 2012

320 Seiten mit zahlreichen, durchgehend vierfarbigen Abbildungen
Broschur, 19,80 €
ISBN 978-3-487-08520-3

- **Klaus Wettig**

Orte der Sozialdemokratie
Ein Reisebuch
vorwärts buch verlag, 2013
272 Seiten, 15,00 €
ISBN 978-3-86602-921-7
Klaus Wettig beschreibt mehr als 100 Erinnerungsorte der SPD in Deutschland und Europa. Geschichte wird lebendig, wenn man sie erleben kann. Hinweise zu Anfahrtswegen und Öffnungszeiten sowie Empfehlungen für Spaziergänge zu den Plätzen, an denen sozialdemokratische Geschichte gemacht wurde und wird, ergänzen die Beschreibungen.



- **Helga Grebing / Susanne Miller / Klaus Wettig**
»Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht«

150 Jahre SPD – ein Lesestück
Mit einem Vorwort von Barbara Hendricks
Dietz Verlag, Berlin 2013
96 Seiten, Klappenbroschur, 9,90 €
ISBN 978-3-8012-0437-2

Harald B. Schäfer

Am 22. 01. 2013 verstarb unser vorhergehender Präsident Harald B. Schäfer. Er gehörte dem Vorstand von 2006 bis 2012 zunächst als Vizepräsident und seit 2010 als Präsident an. Trotz seiner bereits bekannten Krankheit hat er sich mit Leidenschaft für die Belange der Vereinigung und seiner Mitglieder engagiert. Es war ihm wichtig, dass das Wissen und die Kompetenz ehemaliger Abgeordneter auch weiterhin in die unterschiedlichsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einfließen, sei es an Schulen, Universitäten, Stiftungen oder in der eigenen Partei. Er warb bei jedem gesellschaftlichen Anlass, sich dieser Kompetenz zu bedienen. In seinem politischen Leben galt der Umweltpolitik sein Hauptaugenmerk. So in den 20 Jahren von 1972 bis 1992 als Bundestagsabgeordneter der SPD und von 1992 bis 1996 als Umweltminister in Baden-Württemberg. Aber auch als Präsident unserer Vereinigung standen der Klimawandel und die Energiewende im Mittelpunkt der Mitgliederveranstaltungen. Der SPD-Landeschef von BW sagte: „Sein Humor, seine Warmherzigkeit und sein Optimismus werden uns sehr, sehr fehlen.“ Seiner gedenkend, können wir uns diesen Worten nur anschließen.



Clemens Schwalbe

Professor Dr. Gerd Langguth

gest.: 12. 05. 2013
Im Alter von nur 66 Jahren verstarb unser langjähriges Mitglied Professor Dr. Gerd Langguth. Er war ein Aktivposten der Bonner Politikwissenschaft und



engagierte sich zeitlebens in verschiedenen politischen Funktionen. Mit seinen Buchveröffentlichungen (so z.B. über Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Köhler) und seinem Wirken in den Medien war er ein profilierter Analytiker der Politik, der auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Gerd Langguth war ein Brückenbauer zwischen Forschung und Praxis. Darin hat er sich auch für unsere Vereinigung verdient gemacht, indem er vom Sommersemester 2010 bis zu den Anfängen des Sommersemesters 2013 als Bonner Koordinator des Programms „Ehemalige in die Unis“ fungierte. Zusammen mit Hochschullehrern gelang es ihm, eine stattliche Schar von Kolleginnen und Kollegen unserer Vereinigung zu den Einsätzen in Universitätsveranstaltungen zu vermitteln. Er war Mitglied des Bundestages für die CDU von 1976 bis 1980. Wir werden sein Andenken bewahren.

Uwe Holtz/Clemens Schwalbe

Wolfgang Lüder

Gest.: 19. 08. 2013
Wolfgang Lüder war von 2010 bis 2012 Vorstandsmitglied unserer Vereinigung. Bevor er von 1987 bis 1994 der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag angehörte, war er bereits zwischen 1975 und 1981 Senator für Wirtschaft und zusätzlich von 1976 bis 1981 Bürgermeister von Berlin. Sein wichtigstes politisches Anliegen war immer die Frage der Wiedergutmachung von NS-Unrecht. So wurde er 1980 mit dem französischen Ordre National du Mérite geehrt. Bis zuletzt engagierte er sich aktiv im „Verein gegen Vergessen – für Demokratie“. Er war – wie er selbst sagte – „ein Liberaler in sozialer Verantwortung“. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Clemens Schwalbe

Wir gedenken

DR. DIETER ROGALLA (SPD)
† 08.01.2013

FRITZ BÖHM (SPD)
† 10.01.2013

GÜNTER MARTEN (CDU)
† 12.01.2013

HARALD B. SCHÄFER (SPD)
† 22.01.2013

LOTHAR FISCHER (SPD)
† 02.02.2013

DR. LIESEL HARTENSTEIN (SPD)
† 12.02.2013

DR. HANS GEORG EMDE (FDP)
† 16.02.2013

PAUL SCHNITKER (CDU)
† 27.02.2013

CLAUS JÄGER (CDU)
† 07.03.2013

PROF. DR. UWE JENS (SPD)
† 20.03.2013

PROF. DR. GERD LANGGUTH (CDU)
† 12.05.2013

FRANZ HANDLOS
(fraktionslos, früher CSU)
† 10.06.2013

DORIS ODENDAHL (SPD)
† 14.06.2013

WILLI MÜSER (CDU)
† 29.07.2013

HEINRICH GEWANDT (CDU)
† 11.08.2013

WOLFGANG LÜDER (FDP)
† 19.08.2013

DR. WALTER WALLMANN (CDU)
† 21.09.2013

WALTRUD WILL-FELD (CDU)
† 25.10.2013



©Simone Rüdiger

Der Geschäftsführer informiert

Senior Experten Service

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) informierte uns darüber, dass es für ehemalige Abgeordnete viele Anknüpfungspunkte gibt, ihr Engagement und ihre Erfahrungen in die Entwicklungszusammenarbeit einzubringen. Hierzu steht der Senior Experten Service (www.ses-bonn.de) zur Verfügung, in dem Menschen mit Sachverstand und Gestaltungswillen überall auf der Welt vermittelt werden. Für Interessenten steht das BMZ als Ansprechpartner zur Verfügung.

•

Hausausweise für die 18. Wahlperiode

Die Ausstellung von Hausausweisen für die 18. Wahlperiode erfolgt nicht mehr durch die Polizeidienststelle sondern nur noch über das Tagungsbüro des Deutschen Bundestages. Bei Bedarf wenden Sie sich bitte an Herrn Paul Thelen, ZT4, Tel. (030) 227-32251, E-Mail: paul.thelen@bundestag.de.

•

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Unsere Geschäftsstelle bleibt zwischen den Weihnachtstagen und Neujahr geschlossen. Unsere Mitarbeiterinnen sind ab dem 2. Januar im neuen Jahr wieder für Sie da.

Eine wichtige Information für Sie!

Liebe Mitglieder,

mancher von Ihnen wird es schon gelesen oder gehört haben: Im Zahlungsverkehr findet gerade eine Umstellung auf EU-Standards statt. Das neue System heißt SEPA, was für Single Euro Payments Area – zu gut Deutsch „Einheitlicher Euro-Zahlungsraum“ – steht. SEPA vereinheitlicht den Zahlungsverkehr innerhalb Europas und ermöglicht grenzüberschreitende Überweisungen und Lastschriften. Auch Überweisungen und Lastschriften im Inland werden durch das neue SEPA-Verfahren ersetzt.

Das hat Auswirkungen auf die Buchhaltung der Vereinigung ehemaliger MdB und MdEP e. V., beispielsweise bei der Einziehung der Mitgliedsbeiträge.

Doch für Sie bleibt nahezu alles beim Alten. Alle Umstellungsarbeiten übernehmen wir für Sie. Die von Ihnen erteilte Einzugsermächtigung wird in ein sogenanntes SEPA-Mandat umgewandelt.

Wer bisher überwiesen hat, kann dies auch weiterhin wie gewohnt tun.

Auf dem Kontoauszug werden ein paar neue Daten auftauchen. Das sind:

- Die Mandatsreferenz-Nummer: Ihre Mandatsreferenz-Nummer ist eine von uns individuell vergebene Kennzeichnung Ihres Mandats.
- Die Gläubiger-Identifikationsnummer, kurz Gläubiger-ID, steht für den Gläubiger, z. B. die Vereinigung ehemaliger MdB und MdEP e. V.

Die Mandatsreferenz- und die Gläubigernummern müssen bei jeder SEPA-Lastschrift unserer Bank mitgeteilt werden. Beide Kennzahlen teilen wir Ihnen in einem separaten Schreiben mit dem Versand dieser Nachrichten mit. Wir werden das neue Verfahren im Zahlungsverkehr mit dem Einzug Ihres Mitgliedsbeitrages 2014 einführen.

Die Geschäftsstelle
wünscht allen Lesern
frohe Weihnachten
und
ein gutes Jahr 2014



©Clemens Schwalbe

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon 030 / 22 79 20 28 · Fax 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de und www.vemdb.de

Redaktion:

Clemens Schwalbe, Geschäftsführer
der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
(verantwortlich)
Brigitte Prévot, Simone Rüdiger

Realisierung:

Konzeption, Layout: Detlef Günther
Druck: MOTIV OFFSET GbR